



Revision der Verordnung vom 19. Oktober 1988 über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPV)

Bericht über die Ergebnisse der Anhörung zwischen 31. Oktober 2014 und 31. Januar 2015)

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Ergebnisse der Anhörung	1
2.1	Rücklauf aus der Anhörung (zu UVPV und VBO).....	1
2.2	Zusammenfassung der Anhörungsergebnisse	2
2.2.1	Allgemeine Beurteilung des Revisionsentwurfs nach Adressatengruppen	2
2.2.2	Bemerkungen zum revidierten Anhang UVPV.....	3
2.2.3	Bemerkungen zu anderen Anlagentypen.....	6
2.2.4	Andere Bemerkungen zur UVPV	6
3	Bemerkungen zu Streichung von Art. 50 GSchV	6
4	Bemerkungen zur Änderung der VBO	7
4.1	Bodenkundliche Gesellschaft / Fusion von Aqua Viva und Rheinaubund	7

1 Einleitung

Anlass der Revision Am 27. September 2013 hat das schweizerische Parlament dem Beitritt der Schweiz zur Aarhus-Konvention (Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten) zugestimmt. Gleichzeitig hat es die Änderungen des Umweltschutzgesetzes (USG) genehmigt, welche in Zusammenhang mit der Ratifizierung der Aarhus-Konvention erlassen wurden.

Die Aarhus-Konvention ist für die Schweiz seit dem 1. Juni 2014 verbindlich (vgl. AS 2014 1027ff.). Die Anpassungen des USG sind am 1. Juni 2014 in Kraft getreten (AS 2014 1021 ff.). Die Änderungen am USG erfordern keine weiteren Anpassungen auf Verordnungsebene.

Die Aarhus-Konvention verlangt in Artikel 6 die Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit an Entscheidungsverfahren für Anlagen, die in Anhang I genannt sind. Artikel 6 Absatz 6 der Konvention verlangt, dass das Bewilligungsgesuch eine Beschreibung der erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt sowie eine Beschreibung der zur Vermeidung oder Verringerung der Auswirkungen vorgesehenen Massnahmen enthalten muss. Nach schweizerischem Rechtsverständnis entsprechen solche Unterlagen einem Umweltverträglichkeitsbericht (UVB). Deshalb sollten die Anlagen, die in Anhang I der Konvention genannt sind, dem Anhang der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) unterstehen. Auf diese Tatsache hat der Bundesrat bereits in der Botschaft zur Aarhus-Konvention hingewiesen (BBL 2012 4344). Er hat in der Botschaft zudem die betroffenen Anlagentypen aufgeführt (BBL 2012 4344 Fussnote 43).

Zudem wird die Revision genutzt, im Anhang zur UVPV noch gewisse weitere Anpassungen vorzunehmen (Aktualisierung von Verweisen auf Gesetze etc.).

2 Ergebnisse der Anhörung

Zeitpunkt und Dauer der Anhörung Die Änderungen der UVPV wurde am 31. Oktober 2014 den Interessierten im Rahmen einer Anhörung zur Stellungnahme unterbreitet. Die Anhörung dauerte bis 31. Januar 2015.

2.1 Rücklauf aus der Anhörung (zu UVPV und VBO)

Rücklauf insgesamt Insgesamt wurden 93 Adressaten angeschrieben (die Adressatenliste findet sich im Anhang). Davon haben 43 geantwortet, zudem haben sich 7 nicht angeschriebene Stellen geäussert.

Kantone Alle Kantone – ausser SH, SO und VD – haben sich geäussert.

Spitzenverbände der Wirtschaft Von den 7 gesamtschweizerischen Spitzenverbänden der Wirtschaft habe sich 4 zum Revisionsentwurf geäussert:

- Schweizerischer Gewerbeverband (SGV)
- Schweizerischer Bauernverband, (SBV)
- economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmer
- Centre Patronal

Weitere Wirtschaftsverbände und Fachorganisationsverbände Von den 26 angeschriebenen weiteren Wirtschaftsverbänden und Fachorganisationen

Organisationen	haben sich 7 zum Revisionsentwurf geäussert: <ul style="list-style-type: none"> - svu-asep - Electrosuisse - Verband der Schweizerischen Zellstoff-, Papier- und Kartonindustrie (ZPK) - Stahl-, Metall- und Papier-Recycling Schweiz - Foederation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien (fial) - Fédération des Entreprises Romandes - Scienceindustries
Beschwerdeberechtigte Umweltschutzorganisationen	Von den 26 angeschriebenen beschwerdeberechtigten Umweltschutzorganisationen (vgl. Anhang) haben sich 3 zum Revisionsentwurf geäussert: <ul style="list-style-type: none"> - WWF Schweiz - Aquaviva - Schweizerische Vereinigung für Gesundheitsschutz und Umwelttechnik
Weitere interessierte Kreise	Von den 7 angeschriebenen Stellen hat sich keine geäussert.
Nicht angeschriebene	Unaufgefordert haben sich insgesamt 7 Stellen zum Revisionsentwurf geäussert. <ul style="list-style-type: none"> - Swissmem - ökostrom - Verband Textilpflege Schweiz - Kalkfabrik Netstal - Verband der Schweizerischen Lack- und Farbenindustrie (VSLF) - Stadt Zürich (Verzicht auf Stellungnahme) - ESTI

2.2 Zusammenfassung der Anhörungsergebnisse

2.2.1 Allgemeine Beurteilung des Revisionsentwurfs nach Adressatengruppen

Insgesamt	Insgesamt stimmen 29 der Teilnehmer (58%) der Revision explizit zu. Keine explizite Zustimmung oder Ablehnung kommt von 17 Stellen (34%). Explizit ablehnend geäussert haben sich 4 Stellen (8%), nämlich der Gewerbeverband (SGV), die Fédération d'Entreprises Romandes, der Verband der Schweizerischen Lack- und Farbenindustrie (VSLF) und die Kalkfabrik Netstal. Alle Stellen führen wirtschaftliche Gründe für ihre Haltung ins Feld.
Kantone	Der Revision explizit zugestimmt haben 18 Kantone (78%), 5 Kantone (22%) haben keine generelle Aussage zur Revision gemacht. Zudem wünscht der Kanton ZG, der der Revision zustimmt, dass bei sämtlichen Anlagentypen die Schwellenwerte überprüft werden.
Spitzenverbände der Wirtschaft	Der Revision explizit zugestimmt haben 2 Spitzenverbände (40 %), nämlich das Centre patronal und economiesuisse. Keine explizite Zustimmung oder Ablehnung äussern 2 Spitzenverbände (40%), nämlich der Bauernverband und der Arbeitgeberverband. Explizite Ablehnung kommt lediglich vom Gewerbeverband (20%).
Weitere Wirtschaftsverbände und Fachorganisationen	Unter den weiteren Fachverbänden und Organisationen haben 4 (57%) der Revision explizit zugestimmt, nämlich der Verband Stahl-, Metall- und Papier-Recycling Schweiz (VSMR), der Verband der schweizerischen Zellstoff-, Papier- und Kartonindustrie (ZPK), Electrosuisse und der schweizerische Verband der Umweltfachleute (svu-asep). Zur Revision nicht explizit geäussert haben sich 2 Adressaten (28%), nämlich scienceindustries und die Foederation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien

	(fial). Explizite Ablehnung äussert nur die Fédération d'Entreprises Romandes (14%).
Beschwerdeberechtigte Umweltschutzorganisationen	Von den beschwerdeberechtigten Umweltorganisationen haben alle (100%) der Revision explizit zugestimmt, nämlich der WWF, Schweizerische Vereinigung für Gesundheitsschutz und Umwelttechnik sowie Aqua Viva.
Weitere interessierte Kreise	Unter der Adressatengruppe „Weiteren interessierte Kreise“ hat sich niemand zur Revision geäussert.
Nicht angeschriebene	Unter den nicht angeschriebenen Teilnehmern hat die Genossenschaft Ökostrom Schweiz und der Swissmem der Revision explizit zugestimmt. Zur Revision nicht explizit geäussert haben sich 2 Adressaten, nämlich das Eidgenössische Starkstrominspektorat und der Verband Textilpflege Schweiz. Grundsätzlich Ablehnung kommt von Seiten von 2 Teilnehmern, nämlich vom Verband der Schweizerischen Lack- und Farbenindustrie (VSLF) und von der Kalkfabrik Netstal.

2.2.2 Bemerkungen zum revidierten Anhang UVPV

Anlagentyp Nr. 11.2 (Hauptstrassen)

Die Änderung von Anlagentyp Nr. 11.2 gibt zu keinen Bemerkungen Anlass.

Anlagentyp Nr. 12.1 (Neue Eisenbahnen)

Die Änderung von Anlagentyp Nr. 12.1 gibt zu keinen Bemerkungen Anlass.

Anlagentyp Nr. 21.2 (Anlagen zur thermischen Energieerzeugung)

Anlagen zur thermischen Energieerzeugung sind bereits heute der UVP unterstellt. Der schweizerische Anhang der UVPV unterscheidet zwischen fossilen Energieträgern, erneuerbaren Energieträgern und kombinierten Energieträgern. Bei den fossilen Energieträgern muss die UVP-Schwelle entsprechend der Aarhus-Konvention von 100 MW auf 50 MW gesenkt werden (Anhang I, Ziff. 1 Punkt 3 Aarhus-Konvention). Gleichzeitig werden die drei verschiedenen Arten von Anlagen unter diesem Anlagentyp mit der Art der Aufzählung (a, b, c) redaktionell verbessert.

Die Kantone TI und GE fordern, dass die Schwelle bei fossilen Energieträgern auf 20 MWth herabgesetzt werden soll, weil die unterschiedliche Schwelle zwischen den fossilen Energieträgern und den erneuerbaren Energieträgern nicht einleuchtend sei.

Anlagentyp Nr. 21.3 (Speicher und Laufkraftwerke)

Neu sollen auch die Kantone die Möglichkeit haben, das UVP-Verfahren bei Wasserkraftanlagen an kantonalen Gewässern einstufig durchzuführen, soweit das kantonale Recht vorsieht, dass das Konzessions- und das Bauwilligungsverfahren zusammen gelegt werden können. Eine solche Lösung kennt das Wasserrechtsgesetz vom 22. Dezember 1916¹ gemäss Art. 62 seit dem 1.1.2000 für die vom Bund bewilligten Grenzkraftwerke. Diese Änderung steht nicht in Zusammenhang mit der Ratifizierung der Aarhus-Konvention, sondern sie folgt der kantonalen Praxis und führt zu einer Vereinfachung der Verfahren.

Der Kanton TI wünscht, dass das massgebliche Verfahren für die 1. UVP-Stufe (Konzessionsverfahren) ergänzt wird mit: „oder Verfahren nach kantonalem Recht, wenn einem Gemeinwesen das Nutzungsrecht in anderer Form als mit der Konzession erteilt werden kann“, weil der Kanton TI für seine eigenen kantonalen Wasserkraftwerke kein Konzessionsverfahren kennt.

¹ SR 721.80

Zudem wünschen der WWF und Aqua Viva folgende Ergänzung: Die Bezeichnung „kantonale Gewässer“ sollte folgendermassen ergänzt werden: „a) an kantonalen Gewässern (alle Wasservorkommen, welche nicht unter b) erfasst sind). Die beiden Verbände sind offenbar der Meinung, dass private oder kommunale Gewässer nicht unter den Begriff „kantonale Gewässer“ fallen.

Anlagentyp Nr. 21.6 (Erdöl und Gasraffinerien)

Die Änderung von Anlagentyp Nr. 21.6 gibt zu keinen Bemerkungen Anlass.

Anlagentyp Nr. 70.9 Schlächtereien und fleischverarbeitende Betriebe mit einer Produktionskapazität von mehr als 5000 t im Jahr

Die Kantone BE, VS und GE und FR weisen darauf hin, dass die Begriffe und Schwellenwerte zwischen Anlagentyp 70.21, (70.22) und 70.9 zu klären seien, weil sonst die Anlagentypen Nr. 70.21 und Nr. 70.9 Überschneidungen aufweisen würden.

Anlagentyp Nr. 70.11 (Anlagen zur Herstellung von Glas und Glasfasern)

Die Änderung von Anlagentyp Nr. 70.11 gibt zu keinen Bemerkungen Anlass.

Anlagentyp Nr. 70.13 (Anlagen zur Herstellung von Papier und Pappe)

Zusätzlich zu den Zellstoff-(Zellulose-)Fabriken, die nach schweizerischem Recht der UVP unterstellt sind, sind in der Aarhus-Konvention auch Anlagen zur Herstellung von Papier und Pappe aufgeführt, deren Produktionskapazität 20 t pro Tag übersteigt. Entsprechend wird dieser Anlagentyp neu eingeführt.

Der Verband Stahl-, Metall- und Papier-Recycling Schweiz (VSMR) lehnt die Aufnahme von Anlagentyp 70.13 aus verschiedenen Gründen ab: Der VSMR lehnt eine automatische Rechtsübernahme aus der Aarhus-Konvention ab. Er ist der Meinung, dass die Papier- und Kartonfabriken in der Schweiz bereits über einen hohen ökologischen Standard verfügen und daher eine zusätzliche UVP-Pflicht unbegründet sei. Zudem handle es sich um eine wirtschaftsfeindliche Rechtsausweitung.

Anlagentyp Nr. 70.15 (Oberflächenbehandlung von Metallen und Kunststoffen durch elektrolytisches und chemisches Verfahren, wenn das Wirkbadvolumen mehr als 30 m³ beträgt)

Diese Anlagen werden neu der UVP-Pflicht unterstellt. Die Schwelle liegt bei einem Wirkbadvolumen von mehr als 30 m³.

Der Kanton TI regt an, dass der Anlagentyp ergänzt wird mit „oder kontinuierliche Behandlung“ (o trattamento in continuo), weil es neben der Behandlung in Wirkbädern auch Verfahren zur kontinuierlichen Behandlung von Metalloberflächen und Kunststoffen ohne Wirkbäder gebe.

Anlagentyp Nr. 70.16 (Anlagen zur Herstellung von Kalk)

Zementfabriken unterstehen bereits heute der UVP-Pflicht (Anlagentyp Nr. 70.10). Die Herstellung von Zementklinkern ist Teil der Zementproduktion und fällt dementsprechend unter Anlagentyp Nr. 70.10. Neu wird auch die Herstellung von Kalk in Drehrohröfen oder anderen Öfen mit einer Produktionskapazität von über 50 t pro Tag der UVP-Pflicht unterstellt.

Die Kalkfabrik Netstal wünscht eine Streichung des Anlagentyps, weil die Unterstellung dieses Anlagentyps unter die UVP-Pflicht gegenüber dem Ausland zu einem Wettbewerbsnachteil führe und ein Investitionshemmnis darstelle.

Anlagentyp Nr. 70.17 (Anlagen zum Schmelzen mineralischer Stoffe einschliesslich Anlagen zur Herstellung von Mineralfasern)

Die Änderung von Anlagentyp Nr. 70.17 gibt zu keinen Bemerkungen Anlass.

Anlagentyp Nr. 70.18 (Anlagen zur Herstellung von keramischen Erzeugnissen)

Die Änderung von Anlagentyp 70.18 gibt zu keinen Bemerkungen Anlass.

Anlagentyp Nr. 70.19 (Anlagen zur Vorbehandlung oder Färben von Fasern oder Textilien)

Dieser Anlagentyp wird neu in die Liste der UVP-pflichtigen Anlagen aufgenommen. Der Schwellenwert liegt bei einer Verarbeitungskapazität von mehr als 10 t pro Tag. Unter Vorbehandlung ist z.B. Waschen, Bleichen, Merzerisieren zu verstehen.

Der Verband Textilpflege Schweiz wünscht eine Verdoppelung des Schwellenwerts (von 10 t auf 20 t pro Tag).

Anlagentyp Nr. 70.20 (Anlagen zur Oberflächenbehandlung von Stoffen, Gegenständen oder Erzeugnissen unter Verwendung organischer Lösungsmittel)

Die Änderung von Anlagentyp Nr. 70.20 gibt zu keinen Bemerkungen Anlass.

Anlagentyp Nr. 70.21 (Behandlungs- und Verarbeitungsanlagen zur Herstellung von Nahrungsmittelerzeugnissen aus tierischen Rohstoffen (ohne Milch) und aus pflanzlichen Rohstoffen)

Wenn die Ausgangsstoffe tierischen Ursprungs sind – ausgenommen ist Milch – liegt die Schwelle bei einer Anlagegrösse von mehr als 30 t² Fertigerzeugnissen pro Tag. Bei pflanzlichen Rohstoffen liegt die Schwelle bei mehr als 300 t Fertigerzeugnissen pro Tag (Vierteljahresdurchschnitt³).

Die Kantone BE, VS und GE und FR weisen darauf hin, dass die Begriffe und Schwellenwerte zwischen Anlagentyp 70.21, (70.22) und 70.9 zu klären seien, weil sonst die Anlagentypen Nr. 70.21 und Nr. 70.9 Überschneidungen aufweisen würden.

Die Foederation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien (fial) möchte die Schwelle bei der Herstellung von Nahrungsmittelerzeugnisse aus pflanzlichen Rohstoffen von 300 t auf 500 t erhöhen.

Anlagentyp Nr. 70.22 (Anlagen zur Behandlung und Verarbeitung von Milch)

Bei diesem Anlagentyp liegt der Schwellenwert bei einer eingehenden Milchmenge von mehr als 200 t pro Tag (Jahresdurchschnittswert).

Der Kanton TI wünscht die Formulierung der UVP-Schwelle wie bei Anlagentyp 70.21, nämlich anstatt „die eingehende Milchmenge von 200 t pro Tag“ möchte er als Schwelle „mit einer Produktionskapazität grösser als 200 t pro Tag“.

Anlagentyp Nr. 80.1 (Gesamtmeliorationen)

Betrifft nur franz und italienischer Text. Die Änderung von Anlagentyp 80.1 gibt zu keinen Bemerkungen Anlass.

Anlagentyp Nr. 80.9 (Grundwasserentnahme und künstliche Grundwasserauffüllungssysteme)

Dieser Anlagentyp wird ebenfalls neu der UVP-Pflicht unterstellt. Die Schwelle liegt bei Wasserentnahmen resp. -auffüllmengen von mindestens 10 Millionen m³ pro Jahr.

Die Kantone AI, GL und SG sowie die Schweizerische Vereinigung für Gesundheitsschutz und Umwelttechnik wünschen, dass die Begriffe nach CH-Recht gebraucht werden: Grundwasseranreicherung und Grundwasserfassung. Dieses Anliegen wird übernommen, der Anlagentyp Nr. 80.9 wird entsprechend angepasst.

Der Kanton ZH findet die Schwelle ungeeignet und will daher auf diesen Anlagentyp verzichten. Die Kantone VS, BE und NE finden die Schwelle für Schweizer Verhältnisse zu hoch. NE schlägt eine Schwelle von 2 Mio m³ vor.

² Gegenüber der Fassung für die Anhörung wurde die Schwelle aus Gründen der Zusammenlegung mit Anlagentyp Nr. 70.9 gesenkt.

³ Die Vierteljahresdurchschnitte glätten temporäre Spitzenproduktionen (z. B. bei Zuckerfabriken)

2.2.3 Bemerkungen zu anderen Anlagentypen

Anlagentyp Nr. 21.2a (Vergärungsanlagen)

Ökostrom und der Bauernverband wünschen, dass reine Hofdüngeranlagen in LW-Zone, die nicht unter Abfallrecht fallen, von der UVP-Pflicht ausgeschlossen werden.

Anlagentyp 30.2 (Wasserbauliche Massnahmen)

Aquaviva und der WWF fordern, dass der Anlagentyp mit der präzisen Formulierung gemäss Anhang der Aarhus-Konvention in die UVPV übernommen werde: "Wasserbauliche Massnahmen wie: Verbauungen, Eindämmungen, Korrekturen, Geschiebe- und Hochwasserrückhalteanlagen, *Stauwerke und sonstige Anlagen zur Zurückhaltung oder dauerhaften Speicherung von Wasser, Bauvorhaben zur Umleitung von Wasserressourcen* im Kostenvoranschlag von mehr als 10 Millionen Franken".

Anlagentyp Nr. 40.4 – 40.6 (Inertstoff-, Reaktor- und Reststoffdeponien)

Der Kanton TI weist darauf hin, dass mit der TVA-Revision voraussichtlich die Entsorgungsanlagen der Anlagentypen Nr. 40.4 – 40.6 neu eingeteilt werden. Dieser Anlagentyp wird im Rahmen der TVA Revision angepasst. Für Typ A und B solle die Schwelle bei 500'000 m³ liegen.

Anlagentyp Nr. 70.9 (70.21) (Schlächtereien)

Am Anlagentyp Nr. 70.9 (Schlächtereien) wurde aufgrund der Aarhus-Konvention keine Änderung nötig.

Die Kantone BE, VS und GE und FR weisen darauf hin, dass die Begriffe und Schwellenwerte zwischen Anlagentyp 70.21, (70.22) und 70.9 zu klären seien, weil die Anlagentypen Nr. 70.21 und Nr. 70.9 Überschneidungen aufweisen.

Anlagentyp Nr. 80.3 (Kies- und Sandgruben, Steinbrüche)

Der Kanton ZG regt an, bei diesem Anlagentyp der Begriff „Boden“ mit „Untergrund“ zu ersetzen.

2.2.4 Andere Bemerkungen zur UVPV

Industrielle Betriebe allgemein

Der Kanton GL ist der Meinung, dass die neuen Anlagentypen nur in die UVPV aufgenommen werden solle, wenn sie in den Nachbarländern auch UVP-pflichtig seien. In anderen Ländern, welche die Aarhus-Konvention ratifiziert haben, muss der Anhang der Konvention ebenfalls ins nationale Recht überführt werden.

Der Kanton SG begrüsst allgemein den Umgang mit Schwellenwerten bei den Industrieanlagen.

Der Kanton GE fordert vom BAFU eine Liste zu den von den Änderungen betroffenen Betrieben (Für Anlagentypen Nr. 70.11, 70.13, 70.15-70.20, 70.22).

Aqua Viva und WWF wünschen, dass die UVP mit Variantenprüfung zu ergänzen sei. (Art. 9. UVPV Inhalt des Berichts).

Die Kantone FR und TI: Für neue Anlagentypen müssen Erläuterungen und Abgrenzungskriterien erarbeitet werden.

3 Bemerkungen zu Streichung von Art. 50 GSchV

Die Anhörungsteilnehmer haben sich alle – ausser dem Kanton ZH – positiv oder nicht explizit zur Streichung von Art. 50 GschV geäußert. Der Kanton ZH fürchtet, dass infolge der Streichung künftig Regelungslücken im Bereich des Gewässerschutzes entstehen könnten.

4 Bemerkungen zur Änderung der VBO

4.1 Bodenkundliche Gesellschaft / Fusion von Aqua Viva und Rheinaubund

Der Gewerbeverband (sgv) und die Fédération d'Entreprises Romandes äussern sich gegen eine Aufnahme der Bodenkundlichen Gesellschaft in die Liste der beschwerdeberechtigten Organisationen; die anderen Teilnehmer der Anhörung äussern sich positiv oder gar nicht.

Die Fusion der Verbände Aqua Viva und Rheinaubund zu Aqua Viva wird zur Kenntnis genommen.

Anhang

Liste der Anhörungsadressaten

Liste des adresses pour la procédure d'audition

1. Kantone / Cantons
2. Spitzenverbände der Wirtschaft / Associations faïtières de l'économie
3. Weitere Wirtschaftsverbände und Fachorganisationen / Autres associations de l'économie et associations professionnelles
4. Beschwerdeberechtigte Umweltschutzorganisationen / Organisations de protection de l'environnement habilitées à recourir
5. Weitere interessierte Kreise / Autres milieux intéressés

1. Kantone / Cantons

- 1.1 Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal
- 1.2 Staatskanzlei des Kantons Zürich, Kaspar Escher-Haus, 8090 Zürich
- 1.3 Staatskanzlei des Kantons Bern, Postgasse 68, 3000 Bern 8
- 1.4 Staatskanzlei des Kantons Luzern, Bahnhofstrasse 15, 6002 Luzern
- 1.5 Staatskanzlei des Kantons Nidwalden, Rathaus, Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
- 1.6 Staatskanzlei des Kantons Solothurn, Rathaus, Bärfussergasse 24, 4509 Solothurn
- 1.7 Cancelleria dello Stato del cantone Ticino, Piazza Governo, 6501 Bellinzona
- 1.8 Chancellerie d'Etat du canton de Neuchâtel, Château, 2001 Neuchâtel
- 1.9 Staatskanzlei des Kantons Aargau, Regierungsgebäude, 5001 Aarau
- 1.10 Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden, Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- 1.11 Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt, Postfach, 4001 Basel
- 1.12 Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen, Rathaus, Beckenstube 7, 8200 Schaffhausen
- 1.13 Chancellerie d'Etat du canton du Jura, Rue du 24-Septembre 2, 2800 Delémont
- 1.14 Regierungskanzlei des Kantons Glarus, Rathaus, 8750 Glarus
- 1.15 Staatskanzlei des Kantons Zug, Postfach 156, 6301 Zug
- 1.16 Standeskanzlei des Kantons Uri, Postfach, 6460 Altdorf 1
- 1.17 Staatskanzlei des Kantons Schwyz, Postfach, 6431 Schwyz
- 1.18 Staatskanzlei des Kantons St. Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St. Gallen
- 1.19 Staatskanzlei des Kantons Obwalden, Rathaus, Postfach 1562, 6060 Sarnen
- 1.20 Chancellerie d'Etat du canton de Genève, Case postale 3964, 1211 Genève 3
- 1.21 Chancellerie d'Etat du canton de Fribourg, Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg
- 1.22 Chancellerie d'Etat du canton de Vaud, Château cantonal, 1014 Lausanne
- 1.23 Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden, Regierungsgebäude, Postfach, 9102 Herisau
- 1.24 Staatskanzlei des Kantons Thurgau, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld
- 1.25 Standeskanzlei des Kantons Graubünden, Reichsgasse 35, 7001 Chur
- 1.26 Chancellerie d'Etat du canton du Valais, Palais du Gouvernement, 1951 Sion
- 1.27 Konferenz der Kantonsregierungen / Conférence des Gouvernements cantonaux / Conferenza dei Governi cantonali. Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach 444, 3000 Bern 7

2. Spitzenverbände der Wirtschaft / Associations faitières de l'économie

- 2.1 Schweizerischer Arbeitgeberverband / Union Patronale Suisse, Hegibachstr. 47, Postfach, 8032 Zürich
- 2.2 Travail.Suisse, Hopfenweg 21, Postfach 5775, 3001 Bern
- 2.3 Schweizerischer Bauernverband (SBV) / Union Suisse des Paysans, Laurstr. 10, 5200 Brugg
- 2.4 Schweizerischer Gewerbeverband (SGV), Schwarztorstrasse 26, Postfach 2721, 3001 Bern
- 2.5 Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB) / Union suisse des arts et métiers (usam), Monbijoustr. 61, Postfach, 3000 Bern 23
- 2.6 economiesuisse, Hegibachstr. 47, Postfach, 8032 Zürich
- 2.7 Centre patronal, Monbijoustrasse 14, Postfach 5236, 3001 Bern

3. Weitere Wirtschaftsverbände und Fachorganisationen / Autres associations de l'économie et associations professionnelles

- 3.1 Schweizerischer Verband der Umweltfachleute (SVU) / Association suisse des professionnels en environnement (ASEP), Postfach, Brunngasse 60, 3000 Bern 8
- 3.2 Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmer (VSE) / Association des entreprises électriques suisses, Hintere Bahnhofstr. 10, Postfach 5001 Aarau
- 3.3 FachFrauen Umwelt / Professionelles En Environnement, Grammetstrasse 14, 4410 Liestal
- 3.4 Fédération des Entreprises Romandes, 98 rue de Saint-Jean, Case postale 5278, 1211 Genève 11
- 3.5 Fachverband Schweizer RaumplanerInnen (FSU), Selnaustrasse 16, Postfach, 8027 Zürich
- 3.6 scienceindustries, Nordstrasse 16, Postfach, 8021 Zürich
- 3.7 Schweizerischer Baumeisterverband (SBV), Weinbergstr. 49, Postfach, 8042 Zürich
- 3.8 Ecopolitics GmbH, Postgasse 15, Postfach 817, 3000 Bern 8
- 3.9 Schweizerischer Verein der Gas- und Wasserfachleute (SVGW), Grütlistr. 44, Postfach 658, 8027 Zürich
- 3.10 Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband / Association suisse pour l'aménagement des eaux, Rütistrasse 3a, Postfach, CH-5401 Baden
- 3.11 Swisselectric, Seilerstrasse 3, Postfach 7950, CH-3001 Bern
- 3.12 Electrosuisse, Luppmenstrasse 1, 8320 Fehraltorf
- 3.13 Verband der Schweizerischen Gasindustrie (VSG), Grütlistr. 44 Postfach, 8027 Zürich
- 3.14 Association Suisse de l'Industrie Gazière (ASIG), ch. de Mornex 3, 1003 Lausanne
- 3.15 Schweizerischer Flachglasverband SFV / Association Suisse du Verre Plat ASVP, Rütistrasse 16, CH-8952 Schlieren
- 3.16 Schweizerischen Zellstoff-, Papier- und Kartonindustrie (ZPK), Bergstrasse 110, Postfach, 8032 Zürich
- 3.17 Stahl-, Metall- und Papier-Recycling Schweiz / Association Suisse de Recyclage du Fer, du Métal et du Papier (VSMR), Effingerstrasse 1, Postfach 6916, 3001 Bern
- 3.18 Swisscarton, Schosshaldenstr. 20, 3006 Bern
- 3.19 SWISSGALVANIC, Verband Schweizer Galvanobetriebe, Wartenbergstrasse 47, 4052 Basel
- 3.20 Verband Schweizer Kalksandstein Produzenten (KSV) / Association Suisse des Producteurs de briques silico-calcaires (KSV), Postfach 432, 3250 Lyss
- 3.21 Calcina, Fachverband für Kalk / calcina, Association pour la Chaux, Obere Kehlstr. 4, 5400 Baden
- 3.22 swissceramics, Kapuzinerstrasse 6, 4500 Solothurn
- 3.23 Verband Schweizerischer Farbenfachhändler (VSF) / Association professionnelle suisse des commerçants en peinture (ASCP), Postfach, Neugutstrasse 12, CH-8304 Wallisellen
- 3.24 Foederation der Schweiz. Nahrungsmittel-Industrie(n) / Fédération des Industries Alimentaires Suisses (fial), Münzgraben 6, 3000 Bern 7

3.25 Schweizer Fleisch-Fachverband – SFF / Union Professionnelle Suisse de la Viande UPSV, Sihlquai 255, Postfach 1977, 8031 Zürich

3.26 Swissmilk, Brunnmattstrasse 21, 3007 Bern

4. Beschwerdeberechtigte Umweltschutzorganisationen / Organisations de protection de l'environnement habilitées à recourir

4.1 Alpen-Initiative / Initiative des Alpes, Herrengasse 2, Postfach 28, 6460 Altdorf 1

4.2 Schweizer Alpen-Club (SAC) / Club Alpin Suisse, Monbijoustr. 61, Postfach, 3000 Bern 23

4.3 Pro Natura, Postfach, 4018 Basel

4.4 WWF Schweiz, Hohlstr. 110, Postfach, 8010 Zürich

4.5 Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), Postfach 8676, 3001 Bern

4.6 Schweizer Heimatschutz (SHS) / Patrimoine suisse, Postfach, 8032 Zürich

4.7 Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL) / Fondation suisse pour la protection et l'aménagement du paysage (FP), Schwarzenburgstrasse 11, 3007 Bern

4.8 Greenpeace Schweiz, Badenerstr. 171, Postfach 9320, 8036 Zürich

4.9 Bird Life Schweiz, Wiedingstrasse 78, Postfach, 8036 Zürich

4.10 Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz / Médecins en faveur de l'Environnement, Westquai 2, Postfach 620, 4019 Basel

4.11 Praktischer Umweltschutz Schweiz / Fondation suisse pour la pratique environnementale (PUSCH), Hottingerstr. 4, Postfach 211, 8024 Zürich

4.12 Equiterre, Belpstrasse 26, 3007 Bern

4.13 Schweizerische Vereinigung für Landesplanung VLP / Association suisse pour l'aménagement national ASPAN, Sulgenrain 20, 3007 Bern

4.14 Archäologie Schweiz / Archéologie Suisse, Petersgraben 9-11, Postfach 1864, 4001 Basel

4.15 Schweizerische Greina-Stiftung (SGS) / Fondation Suisse de la Greina (FSG), Postfach 2272, 8033 Zürich

4.16 Schweizerischer Fischerei-Verband (SFV) / Fédération Suisse de Pêche, Wankdorffeldstrasse 102, Postfach 261, 3000 Bern 22

4.17 JagdSchweiz / Chasse Suisse, Bündtengasse 2, 4800 Zofingen

4.18 Aqua Viva, Weinsteig 192, Postfach 1157, 8200 Schaffhausen

4.19 Schweizer Wanderwege / Suisse Rando, Monbijoustrasse 61, Postfach 3000 Bern 23

4.20 Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte (GSK) / Société d'histoire de l'art en Suisse, Pavillonweg 2, 3012 Bern

4.21 Helvetia Nostra, Case postale, 1820 Montreux 1

4.22 Naturfreunde Schweiz (NFS) / Amis de la Nature, Zentralsekretariat, Pavillonweg 3, 3012 Bern

4.23 Schweizerische Gesellschaft für Höhlenforschung / Société suisse de spéléologie, Postfach 1332, 2301 La Chaux-de-Fonds

4.24 Schweizerische Vereinigung für Gesundheitsschutz und Umwelttechnik, Blumenbergstrasse 47 8633 Wolfhausen

4.25 Schweizerische Energie – Stiftung (SES) / Fondation Suisse de l'Energie, Sihlquai 67, 8005 Zürich

4.26 Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute (VSA) / Association suisse des professionnels de la protection des eaux, Europastrasse 3, Postfach, 8152 Glattbrugg

5. Weitere interessierte Kreise / Autres milieux intéressés

5.1 Verband der Bürgergemeinden und Korporationen / Fédération suisse des bourgeoisies et corporations, Sekretariat, Hr. Fürsprecher Andreas Hubacher, Bundesgasse 16, 3011 Bern

5.2 Schweizerische Bau- Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz BPUK / Conférence suisse des directeurs cantonaux des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environnement, Haus der Kantone, Speichergasse 6, 3000 Bern 7

5.3 Schweizerischer Gemeindeverband / Association des Communes Suisses, Case postale 8022, Laupenstrasse 35, CH-3001 Bern

5.4 Schweizerischer Städteverband / Union des villes suisses, Monbijoustrasse 8, Postfach 8175, CH-3001 Bern

5.5 Umweltallianz / Alliance-Environnement, Postgasse 15, Postfach, 3000 Bern 8

5.6 Bodenkundliche Gesellschaft der Schweiz (BGS) / Société suisse de pédologie (SSP), Frau B. Kulli und Frau C. Rupflin, c/o Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften, IUNR, Fachstelle Bodenökologie, Postfach 8820 Wädenswil

5.7 Swissgrid AG, Dammstrasse 3, Postfach 22, 5070 Frick

5.8 Eidgenössisches Starkstrominspektorat ESTI, Luppmenstrasse 1. 8320 Fehraltorf